

Regierungsratsbeschluss

vom 5. April 2022

Nr. 2022/524

Festlegung der Ausgleichszahlungen an gemeinwirtschaftliche Leistungen für das Jahr 2022

1. Ausgangslage

Nach § 27 Absatz 1 des solothurnischen Waldgesetzes vom 29. Januar 1995 (WaGSO; BGS 931.11) richtet der Kanton den Waldeigentümern Beiträge an gemeinwirtschaftliche Leistungen der Waldwirtschaft ausrichten. Wobei wir für die Festlegung und Eröffnung der entsprechenden Abgaben sowie für die Festlegung der Ausgleichszahlungen zuständig sind (vgl. § 27 Abs. 6 WaGSO und § 2 solothurnische Waldverordnung vom 14. November 1995, WaVSO; BGS 931.12).

2. Erwägungen

Nach den gesetzlichen Grundlagen berechnen sich die Ausgleichszahlungen wie folgt:

- 2.1 Der Abgabebesatz variiert zwischen 0.3% bis 0.6% des Nettoeigenkapitals (§ 27 Absatz 4 lit. c WaGSO), wobei der maximale Abgabebesatz bei einem Nettoeigenkapital von 18 Millionen Franken und mehr und der minimale Abgabebesatz bei einem Nettoeigenkapital von 0 Franken erhoben wird. Das Nettoeigenkapital wird als Eigenkapital inklusive Spezialfinanzierung abzüglich eines Bilanzfehlbetrages und/oder Vorschusses definiert. Die Betreffnisse der Wasserversorgung werden ausgeklammert (§ 49 Absatz 2 WaVSO).
- 2.2 Bereinigungen des Nettoeigenkapitals erfolgen, wenn Buchungen dem geltenden Rechnungsmodell widersprechen (§ 49 Absatz 4 lit. a WaVSO).
- 2.3 Aus der Summe des Abgabeaufkommens wird – nach Abzug der Verwaltungskosten – der Beitragssatz pro Hektare bewirtschafteten Wald errechnet. Gemäss § 27 Abs. 5 WaGSO ist mindestens die Hälfte der Abgaben der Bürgergemeinden unter diesen zu verteilen. Als Ergebnis resultiert der Beitrag zu Gunsten der Bürgergemeinde vor Verrechnung der Abgabe. Nach der Verrechnung der Abgabe mit dem Beitrag resultiert die Ausgleichszahlungen (Nettoabgabe, Nettobeitrag) pro Bürgergemeinde. Ausgleichszahlungen unter 100 Franken werden nicht ausgerichtet.
- 2.4 Die Beiträge/Abgaben 2022 für gemeinwirtschaftliche Leistungen sind für jede Bürgergemeinde der beiliegenden Tabelle zu entnehmen.
- 2.5 Der vom Kanton erbrachte Vollzugsaufwand wird vor der Beitragsausschüttung in Abzug gebracht und beträgt 11'700 Franken (§ 27 Absatz 7 WaGSO).
- 2.6 Die Kontierungsvorgaben für die Verbuchung der Abgaben und Beiträge an gemeinwirtschaftliche Leistungen lauten wie folgt:
 - 8200.3621.70: Abgabe Finanzausgleich nach Waldgesetz § 27 Abs. 4 lit. c
 - 8200.4621.70: Beitrag Finanzausgleich nach Waldgesetz § 27 Abs. 4 lit. c

2

- 2.7 Sofern die Leitung und die Kompetenzen vollumfänglich einer Forstbetriebsgemeinschaft übertragen wurden und die Gemeinden keine eigenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Waldbereich erbringen, ist der Nettobeitrag an die Forstbetriebsgemeinschaft weiterzuleiten.
- 2.8 Die Beiträge und Abgaben der gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden auf den 30. Juni 2022 fällig.
- 2.9 In Fällen von Zusammenschlüssen einer Bürgergemeinde mit einer Einwohnergemeinde wird, während einer Übergangsfrist von drei Jahren, der Beitrag oder die Abgabe an die Einheitsgemeinde (als Rechtsnachfolgerin) ausbezahlt oder belastet.

3. **Beschluss**

- 3.1 Den Bürgergemeinden oder Rechtsnachfolgern von Bürgergemeinden (Einheitsgemeinden) werden die in der Tabelle ausgewiesenen Nettokapitalien, Nettobeiträge und Nettoabgaben eröffnet.
- 3.2 Das Amt für Finanzen wird beauftragt, nach unbenutztem Ablauf der Beschwerdefrist per 30.06.2022 den Gemeinden Beiträge im Gesamtbetrag von maximal 753'300 Franken (Kontierungsvermerk: 3702000/A81099) zu überweisen.
- 3.3 Das Amt für Finanzen wird beauftragt, nach unbenutztem Ablauf der Beschwerdefrist per 30.06.2022 von den Gemeinden Nettoabgaben im Umfang von 772'800 Franken einzufordern (Kontierungsvermerk: 4702000/A81099). Den abgabepflichtigen Gemeinden wird Rechnung gestellt.
- 3.4 Der Bürgergemeinde Trimbach wird aufgrund des Einspracheentscheids vom 5. Oktober 2021 des Volkswirtschaftsdepartements mit der definitiven Festlegung dieser Abgabe eine Gutschrift von 7'800 Franken verrechnet.
- 3.5 Es werden nur die Nettobeiträge oder Nettoabgaben ausbezahlt oder belastet.
- 3.6 Die Kontierungsvorgaben nach Ziffer 2.6 sind von den Gemeinden einzuhalten.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innert 10 Tagen Beschwerde beim Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn erhoben werden. Die Beschwerde hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten.

Beilage

Tabelle: Eröffnung der Ausgleichszahlungen unter den Bürgergemeinden für das Jahr 2022

Verteiler

Amt für Gemeinden, Gemeindefinanzen (3)

Departement des Innern, REWE Ddl (2)

Amt für Wald, Jagd und Fischerei (5; Forstkreise)

Bürgergemeinden und Waldeigentümer-Verband Kanton Solothurn, Kaufmann + Bader GmbH,
Hauptstrasse 48, 4500 Solothurn

Bürgergemeinden (je 2; 190)